



Weitere Ergebnisse der Haushaltsklausur

Soziales

Der Haushaltsentwurf sieht 1.68 Mrd. Euro für Eingliederungsmaßnahmen für Menschen mit Behinderungen vor.¹ Diese Eingliederungsmaßnahmen sollen zukünftig noch stärker als bislang im Sinne der **Inklusion** erbracht werden, also im Sinne einer stärkeren und selbstverständlichen Einbeziehung aller Menschen mit Behinderungen in alle Bereiche unserer Gesellschaft. So werden beispielsweise der kommunalen Ebene rund 45 Millionen Euro für den Erhalt und den Ausbau des ambulant betreuten Wohnens zur Verfügung gestellt. Daneben wird sich Niedersachsen verstärkt um den Ausbau des persönlichen Budgets und des Budgets für Arbeit bemühen. Für modellhafte Inklusionsprojekte auf kommunaler Ebene stehen 500.000 Euro bereit.

Zur **Aktivierung der Altenpflegeausbildung** und zur **Sicherung der Standards in der Altenpflege** werden die finanziellen Mittel zur Förderung der Altenpflegeausbildung um rund 2,5 Millionen Euro erhöht auf fast 9 Millionen Euro jährlich. Damit wird eine für die Schülerinnen und Schüler kostenfreie Altenpflegeausbildung gewährleistet und das dritte Ausbildungsjahr bei Umschulungen in den Altenpflegeberuf finanziert.

Für die Weiterentwicklung, den Aus- und den Aufbau von **Gesundheitsregionen** sowie für Gesundheitskonferenzen stellt das Land ab 2014 jährlich 600.000 Euro zur Verfügung.

Niedersachsen wird für die **Städtebauförderung** auch 2014 wieder rund 63 Millionen einsetzen. Damit können die zur Verfügung stehenden Bundesmittel in vollem Umfang eingeworben werden. Zusammen mit den kommunalen Mitteln stehen damit über 94 Millionen Euro für die dringend notwendige Verbesserung des Wohn- und Lebensumfelds in den Städten und Gemeinden zur Verfügung.

Für die **Krankenhausinvestitionsprogramme** 2014 bis 2016 wird ein neuer Verpflichtungsrahmen in Höhe von insgesamt 360 Millionen Euro geschaffen. Die Krankenhausträger erhalten so die erforderliche Planungssicherheit; es kann flexibel auf die unterschiedlichsten Anforderungen der sehr umfangreichen Baumaßnahmen reagiert werden.

¹ Mit den 1,68 Mrd. Euro sind auch die Fallzahl- und Fallkostensteigerungen abgedeckt.

Ab 2014 fördert das Land eine **Modernisierung der kommunalen Seniorenberatung**. Die diesbezüglichen Haushaltsansätze werden um 2,2 Millionen Euro aufgestockt. Die Landesförderung für Freiwilligenagenturen wird um 100.000 Euro aufgestockt, die Leitstellen für Integration erhalten rund 1,4 Millionen Euro zusätzliche Mittel jährlich.

Im Bereich der **freiwilligen Leistungen** sind Mittelaufstockungen für sozialpolitisch besonders bedeutsame Aufgaben geplant.

Umwelt

Zur Einrichtung einer Klima- und Energieagentur Niedersachsen werden jährlich 1,25 Millionen Euro bereitgestellt. Hier werden Landeskompetenzen gebündelt, regionale und lokale Klimaschutz- und Energieagenturen unterstützt und vernetzt sowie ein Landesenergiekonzept, ein Klimaschutzprogramm und eine Klimaanpassungsstrategie entwickelt und umgesetzt.

Für die Entwicklung eines Moorschutzgebietssystems „Norddeutsche Moorlandschaft“ stehen ab dem Haushaltsjahr 2014 jährlich 1,5 Millionen Euro zur Verfügung. Böden mit hohen Kohlenstoffgehalten sollen wieder in einen naturnahen Zustand versetzt werden und ihre Klima- und Bodenschutzfunktion zurückgewinnen.

Mit der Schaffung einer neuen Abteilung 5 „Energie, Klimaschutz“ wird diesen beiden Themen der gebührende administrative Rahmen ihrer jetzt deutlich größeren Bedeutung gegeben. Durch eine Bündelung der Ressourcen mit einigen wenigen neuen Stellen konnte diese organisatorische Weiterentwicklung zu geringen Kosten - etwa 230.000 Euro - erfolgen.

Für Naturschutzprogramme sowie für Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen werden zusätzlich 3 Millionen Euro jährlich bereitgestellt.

In der Gewerbeaufsichtsverwaltung wird das Personal verstärkt. Insbesondere für die Intensivierung der Medizinprodukteüberwachung und für die Wahrnehmung zusätzlicher Aufgaben im Rahmen der Umsetzung der EU-Richtlinie über Industrieemissionen werden insgesamt 50 neue Stellen geschaffen, Kostenpunkt 1,9 Millionen Euro jährlich.

Hinzu kommen für die Unterhaltung landeseigener Gewässer und wasserwirtschaftlicher Anlagen etwa 800.000 Euro pro Jahr von 2014 bis Ende 2017 sowie eine dauerhafte jährliche Verstärkung im personellen und investiven Bereich von 500.000 Euro.

Landwirtschaft

Mit dem Haushalt 2014 werden im Bereich der Landwirtschaft die finanziellen Voraussetzungen für eine **nachhaltige Agrarwende** geschaffen. Stärker gefördert werden Leistungen, die dem Verbraucher-, Umwelt-, Klima- und dem Tierschutz dienen. Die Agrarumweltmaßnahmen und die Förderung des Ökologischen Landbaus werden ausgebaut, die Förderung zur Verbesserung des Angebots an regionalen Produkten wird intensiviert.

Der Tierschutzplan wird auf hohem Niveau weiterentwickelt; **Tierschutz** erhält in der Agrarinvestitionsförderung einen deutlich höheren Stellenwert. Ab dem Schuljahr 2014/2015 wird Niedersachsen in das EU-Schulobstprogramm einsteigen und pro Jahr etwa 1 Millionen Euro in das Ernährungsbewusstsein der jungen Generation investieren.

Die **Kontrollen** in den Bereichen Futtermittel, Lebensmittel, Tierarzneimittel, Ökologischer Landbau und Tierschutz durch das Laves werden ab dem nächsten Jahr nachhaltig gestärkt und so durchgreifende Konsequenzen aus den jüngsten Futter- und Lebensmittelskandalen gezogen. Gegenfinanziert durch Veränderungen im Gebührenrecht soll das Personal im LAVES zu diesen Zwecken bis 2016 um 183,5 Stellen aufgestockt werden, 67,5 Stellen stehen schon im Jahr 2014 zur Verfügung. Deutlich gestärkt wird auch der **wirtschaftliche Verbraucherschutz**, der ab sofort zusammen mit dem ernährungsbezogenen Verbraucherschutz unter dem Dach des Ministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz vereint ist.

Wirtschaft und Verkehr

Um die Substanz der landeseigenen Häfen auch zukünftig erhalten und weiterentwickeln zu können, stellt das Land im Haushaltsjahr 2014 der **Niedersachsen Ports** 36 Millionen Euro zur Verfügung. Gegenüber dem in der letzten MiPla vorgesehenen Ansatz von 20,7 Millionen Euro bedeutet dies eine Erhöhung um 73 Prozent. Für die Jahre 2015 – 2017 wird der Ansatz dauerhaft auf 30 Millionen Euro aufgestockt, die NPorts GmbH & Co. KG erhält so die notwendige Planungssicherheit für die von ihr zu leistenden Aufgaben.

Das Land stellt in den Haushaltsjahren 2014 bis 2017 jährlich 3,5 Millionen Euro zur Verfügung zur 50-prozentigen Gegenfinanzierung von Bundesmitteln für den Erhalt und die Ertüchtigung von Strecken nichtbundeseigener Eisenbahnen. So kann das Gesamtkonzept zur Ertüchtigung der Schiene im überregionalen Hinterlandverkehr schneller umgesetzt werden.

Kommunale Finanzen

Die Kommunen werden von der geplanten Anhebung der Grunderwerbsteuer von 4,5 auf 5 Prozent profitieren. Dies wird 2014 ca. 52 Millionen Euro und ab 2015 ca. 75 Millionen Euro erbringen. Ein Drittel davon wird den Kommunen zufließen. 11 der 15 anderen Länder haben schon jetzt den gleichen oder sogar einen höheren Steuersatz.

Mit dem Haushalt 2014 werden die Voraussetzungen für die Ausfinanzierung des Zukunftsvertrages mit den Kommunen geschaffen. Insgesamt sollen weitere 788 Millionen Euro - Zinsen eingerechnet - bereitgestellt werden. Die Abfinanzierung soll mit 70 Millionen Euro jährlich (je 35 Millionen Euro durch Land und Kommunen) erfolgen.

Inneres

Die **Aufstiegschancen jüngerer Beamtinnen und Beamter** gerade in den ersten Beförderungsjahren werden verbessert. Niedersachsen hat im Polizeivollzugsdienst im Vergleich zu anderen Bundesländern eine deutlich unterdurchschnittliche Ausstattung mit Stellen der Besoldungsgruppen A 10 (Polizeioberkommissar) und höher. Gerade angesichts des demografischen Wandels muss das Land gegenüber anderen Arbeitgebern konkurrenzfähig bleiben und die Attraktivität des Polizeidienstes erhalten. Mit dem für 2014 beschlossenen Haushaltsentwurf sollen 750 Stellen der Besoldungsgruppe A 9 (Polizeikommissar) nach A 11 (Polizeihauptkommissar) angehoben werden. Damit wird eine eindeutige Verbesserung der Stellenstruktur eingeleitet. In 2014 werden dafür rund 5 Millionen Euro, in den Folgejahren jeweils 8,63 Millionen Euro aufgewandt.

Auch die Haushaltsmittel für **Beamtinnen und Beamte im Vorbereitungsdienst** werden gegenüber dem bisher in der MiPla 2012 - 2016 vorgesehenen Betrag im kommenden Jahr 2014 um 786.000 Euro erhöht. Mit den dann insgesamt 26 Millionen Euro für 2014 wird sichergestellt, dass in den kommenden Jahren bei der Polizei altersbedingt ausscheidende Beamtinnen und Beamte rechtzeitig durch Nachwuchskräfte ersetzt werden können.

Der Ansatz für **Aus- und Fortbildung** in der Landesverwaltung soll in 2014 um 366.000 Euro aufgestockt werden. Um die Informationssicherheit in der Landesverwaltung zu verbessern, sind für das Computer Emergency Response Team (N-CERT) zusätzliche Projektmittel in Höhe von 500.000 Euro jährlich vorgesehen.

Als Zeichen der Wertschätzung der mehr als 2,7 Millionen Menschen, die in Niedersachsen in über 9.700 Vereinen organisiert sind, aber auch als Ansporn und Motivation, plant die Landesregierung 2014 erstmalig einen "Tag des Sports". Um **Sportpolitik** aus einer Hand zu gewährleisten, wird darüber hinaus eine einheitliche Koordinierungsstelle beim Sportministerium eingerichtet. Finanziert werden diese Maßnahmen mit 150.000 jährlich.

Mit dem Haushaltsplanentwurf 2014 wird die Fortsetzung des **Zukunftsvertrages** für diejenigen Kommunen, die bis zum 31. März 2013 fristgerecht einen Antrag gestellt haben durch Aufstockung des Entschuldungsfonds ermöglicht. Ob die Voraussetzungen für eine Entschuldung eingehalten werden, wird jetzt jeweils geprüft, das maximale Entschuldungsvolumen beträgt rund 604 Millionen Euro. Unter Berücksichtigung der notwendigen Zinserstattungen ergibt sich ein Gesamtfinanzierungsbedarf von bis zu 788 Millionen Euro, abgedeckt durch eine Verlängerung der von Land und Kommunen jährlich jeweils zu leistenden 35 Millionen Euro bis maximal 2041.

Justiz

Für die Sicherung einer **starken, unabhängigen Justiz** werden Personal- und Sachmittel in den Bereichen, in denen dies erforderlich ist, aufgestockt. Ziel ist zum einen eine zügige Erledigung staatsanwaltschaftlicher und gerichtlicher Verfahren bei gleichbleibend hoher Qualität

sowie zum anderen die Verbesserung der organisatorischen Infrastrukturen innerhalb der gesamten Justiz. Es gilt, den individuellen Bedürfnissen der Menschen, die mit der Justiz in Kontakt treten, gerecht zu werden und das Vertrauen der Bevölkerung in die Justiz zu stärken.

Von den personellen Verstärkungen profitieren insbesondere die Sozialgerichtsbarkeit sowie die für Landwirtschaftsstrafsachen und für Internetkriminalität zuständigen Schwerpunktstaatsanwaltschaften. Personelle Verstärkungen sind weiter vorgesehen bei der psychosozialen Prozessbegleitung und bei der Weiterentwicklung und Umsetzung des elektronischen Rechtsverkehrs. Im Übrigen wird ein moderates Stellenhebungsprogramm für Richterinnen und Richter ermöglicht.

Der gesetzlich vorgeschriebene Vollzug der **Sicherungsverwahrung**, der mit Eröffnung des Unterkunftshauses für Sicherungsverwahrte auf dem Gelände der Justizvollzugsanstalt Rosdorf in Niedersachsen bereits termingenau eingeläutet worden ist, wird sichergestellt. Spürbare Sachmittelerhöhungen sind im Bereich des **Strafvollzuges** für Verbesserungen der Sicherheitstechnik vorgesehen.

Für die Weiterentwicklung und Umsetzung des **elektronischen Rechtsverkehrs** sind Sachmittel in Höhe von 2,1 Millionen Euro vorgesehen. Eine effizient arbeitende, moderne Justiz kann sich so den technischen Fortschritten der heutigen Zeit öffnen.

Staatskanzlei

Zur gezielten Förderung der einzelnen Regionen in Niedersachsen sieht der Haushaltsplanentwurf die Schaffung von vier Landesbeauftragtenstellen (B 6) zum 1. Januar 2014 vor. Diese sollen an den Standorten Braunschweig, Lüneburg, Hildesheim und Oldenburg installiert werden. Damit wird eine weitere wichtige Voraussetzung für die Stärkung der Regionen geschaffen.

Die Finanzierung der Geschäftsstelle für die Landesbeauftragte für Integration und Teilhabe wird im Haushaltsplan dauerhaft abgesichert. So wird die Wahrnehmung einer umfassenden Integrationspolitik als Querschnittsaufgabe in der Staatskanzlei ermöglicht.

Hochbau

Das "Baumatorium" der Vorgängerregierung wird nicht verlängert. Mit dem Haushaltsjahr 2015 beginnend werden wieder größere Bauvorhaben in Höhe von 75 Millionen Euro jährlich eingeplant. Für Investitionen nach dem Krankenhausfinanzierungsgesetz ist ein Verpflichtungsrahmen in Höhe von 360 Millionen Euro für 2014 bis 2016 vorgesehen.